

Podiumsdebatte ohne Befürworter: Rot-Rot-Grün versetzt Thüringer Windkraft-Gegner

Vereinigte Bürgerinitiativen gegen noch mehr Windräder warten bei Diskussionsrunde vergeblich auf Politiker von Linke, SPD und Grünen. Den Unmut bekamen die Vertreter der anderen Fraktionen zu spüren.



Thüringer Bürgerinitiativen gegen Windkraftausbau ändern ihre Strategie. Sie stellen inzwischen die gesamte Stromwende in Frage.
Foto: Alexander Volkmann

Erfurt. Die Überraschung war gelungen. Vernetzte Thüringer Windkraft-Gegner, die ihren Verband „Energiewende mit Vernunft“ genannt haben, warteten am Montagabend im Landtag gespannt auf die geladenen Vertreter aller Fraktionen plus FDP, um über Sinn und Unsinn der Energiewende zu diskutieren. Die im Podium reservierten Stühle für Linke, SPD und Grüne jedoch blieben leer.

Deren energiepolitische Sprecher hatten andere Termine, schickten aber auch keinen Ersatz. Stefan Gruhner (CDU) sprach spontan von einem Armutszeugnis. Ahnte er doch, dass nun er die Angriffsfläche für die erzürnten Bürger abgeben musste, die Windräder in ihren Heimatregionen vehement ablehnen. So kam es dann auch.

Stefan Möller (AfD) hatte leichtes Spiel. Für ihn sei der Ausbau der Windkraft „grober Unfug“, weil in höchstem Maße umweltschädlich und wegen ständig steigender Strompreise auch unsozial. Nach politischen Alternativen befragt, sagte der AfD-Abgeordnete, das Konzept seiner Partei sei, zugegeben, „ein bisschen fossil“: Kohle und Gas. Für diese Energieträger sei die Infrastruktur schon da, und einen verlässlichen Gaslieferanten gebe es auch. „Der sitzt im Osten.“ Szenenapplaus für Möller.

FDP-Landeschef Thomas Kemmerich wunderte sich öffentlich, wie manche immer wieder versuchten, die Gesetze der Physik mit ideologischen Mehrheiten zu überrumpeln. Im Klartext: Der Ausbau der erneuerbaren Energien sei schon „weit über die Grenze des Sinnhaften hinausgeschossen“. Dieser Irrsinn müsse gestoppt werden.

Es blieb am Unionsabgeordneten Gruhner hängen, die von seiner Parteichefin Angela Merkel eingeleitete Stromwende zu verteidigen. Er sprach von einem künftigen Energiemix, zu dem auch die Erneuerbaren gehörten, aber doch maßvoller, als Rote und Grüne sich dies wünschten. Auch müsse der Zubau von Windkraft- und Solaranlagen „im Gleichklang“ mit dem Ausbau der Übertragungsnetze erfolgen.

Den etwa 80 nach Erfurt gereisten Bürgern, viele in T-Shirts mit dem Aufdruck „Windkraft macht krank“, gefiel diese Auskunft überhaupt nicht. Einer wollte Merkel dafür „vor Gericht stellen“, was Gruhner ruhig, aber bestimmt als indiskutables Niveau der Auseinandersetzung abwehrte. Es blieb dann auch volle drei Stunden bei dieser einen Wutbürger-Szene. Alles andere war ein Zusammentragen von Sachargumenten gegen den Windkraft-Ausbau. Auffällig dabei: Die Bürgerinitiativen haben ihre Strategie geändert. Versuchten sie bisher, hauptsächlich den Natur- und Landschaftsschutz ins Feld zu führen und ernste Hinweise auf Gesundheitsschäden bei sensiblen Menschen durch Infraschall zu thematisieren, so konzentrierte sich die Podiumsdebatte diesmal auf die Frage, ob der Ausstieg aus Atomkraft und Kohle überhaupt Sinn mache. Ein Physiker im Ruhestand verwies auf die Tatsache, dass Deutschland seinen Kohlendioxid-Ausstoß bisher um genau null reduziert habe. Und dass die Zahl von rund 28 000 Windkraftanlagen bundesweit selbst bei Vervielfachung dasselbe Ergebnis der Stromausbeute bei Windstille erbringen werde: null Kilowattstunden. Derzeitige Speichertechnologien könnten eine sichere Stromversorgung nicht gewährleisten. Das sei utopisch.

Mit Fassungslosigkeit diskutiert wurde die Errichtung eines Windparks erst kürzlich im Ostthüringer Dreiländereck mit Bayern und Sachsen. „Wir leben im rechtsfreien Raum“, schimpfte Naturschützer Peter Zörner aus dem Saale-Orla-Kreis. Stefan Gruhner gestattete sich den Hinweis, der Windpark im Ländereck sei „mit Einverständnis der Gemeinde“ entstanden.